



**Bettina M. Wiesmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages

**Prof. Dr. Daniela Birkenfeld**

Sozialdezernentin Frankfurt

**Sara Steinhardt**

Vorsitzende Frauen Union Frankfurt

## PRESSEMITTEILUNG

### Daniela Birkenfeld, Sara Steinhardt und Bettina M. Wiesmann MdB: „Gewalt gegen Frauen und Mädchen muss aufhören! Wir unterstützen den Orange Day.“

Berlin/Frankfurt am Main, 24.11.2020

#### **Deutscher Bundestag**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 79552

Fax: +49 30 227 70554

#### **Wahlkreisbüro**

Kurt-Schumacher-Straße 30-32

60313 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 153 099 183

Bettina.wiesmann@bundestag.de

www.bmwiesmann.de

Zum diesjährigen Orange Day, dem weltweiten Aktionstag gegen Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen, erklären die Vorsitzende der Frankfurter Frauen Union, Sara Steinhardt, die Frankfurter Bundestagesabgeordnete Bettina M. Wiesmann und die Frankfurter Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld (alle CDU):

„2019 hat die Polizei bei Gewalttaten an 333.000 Frauen ermittelt. Jeden Tag werden in Deutschland nach der Statistik des BKA 900 Frauen misshandelt, 40 werden vergewaltigt und 10 ihrer Freiheit beraubt. Besonders erschreckend ist, dass weit über 1/3 dieser Taten von den Partnern der Frauen begangen wurden. 300 Frauen starben durch ihren Partner oder Ex-Partner.“

Dies können wir nicht hinnehmen. Frauen und Mädchen haben ein Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf Schutz und auf Sicherheit sowie auf Gleichbehandlung und faire Chancen. Männer, die selbst auch Opfer von Gewalttaten werden können, haben Frauen gegenüber keine Vorrechte. Wo Männer sich Vorrechte gegenüber Frauen herausnehmen, müssen sie aufgeklärt und davon zurückgehalten werden. Sie schaden nicht nur ihrer Partnerin, sondern auch ihrer Familie und der Gemeinschaft insgesamt. Deshalb unterstützen wir die weltweite Initiative „Orange Day“, mit der Frauen auf Benachteiligungen und sie betreffende Gewalt aufmerksam machen.“

Zum diesjährigen Schwerpunktthema „Mein Herz gehört mir – Gegen Zwangsverheiratung und Frühehen“ erklärt die langjährige Familienpolitikerin Wiesmann, die auch Mitglied der Kinderkommission des Bundestags ist: „Der Bundestag hat vor drei Jahren die Ehemündigkeit einheitlich auf 18 Jahre festgelegt. Das ist gut so, denn das Eingehen einer Ehe ist ein wesentlich größerer Einschnitt in das Leben als andere Entscheidungen, für die wir die Volljährigkeit voraussetzen. Viele Organisationen setzen sich weltweit für den Schutz und die Gleichberechtigung von jungen Frauen ein. Das unterstütze ich. Mädchen, aber auch minderjährige Jungen werden in vielen Gesellschaften nicht gefragt, ob und wen sie heiraten wollen. Dies widerspricht den Rechten von Kindern und von Frauen elementar. Wir können diese Ehen nicht dulden, denn sie kommen unter Zwang und Gewalt zustande.“



Sara Steinhardt erklärt weiter: „Frauenhäuser sind ein wichtiger Ort der Zuflucht. Deshalb begrüße ich, dass die Häuser durch den Bund mit insgesamt 35 Mio. Euro über die kommenden drei Jahre gefördert werden. Wir müssen aber immer an alle Frauen, die unter Gewalt leiden, denken. Wir müssen auch in Frankfurt die Lücke zwischen Akutversorgung und therapeutischen Angeboten schließen und Beratungsangebote ausbauen. Ein solches Beratungs- und Unterstützungsangebot muss leicht zu finden sein, die jeweilige Sprache und Kultur der Frauen verstehen und kostenfrei sein. Insbesondere für von Gewalt betroffene Migrantinnen und für Mädchen, die aus der Jugendhilfe herausfallen, aber im Frauenhaus z. B. nicht angemessen aufgehoben sind, müssen wir entsprechende Anlaufstellen oder Unterbringungsmöglichkeiten schaffen.“

„Dabei freue ich mich sehr“, fährt Steinhardt fort, „dass die Union derzeit fordert, die Wohnort-Meldesperre zu verlängern, damit Opfer häuslicher Gewalt an ihrem Zufluchtsort möglichst sicher vor den Tätern sind. Denn häufig versuchen diese, sich über die Meldebehörden die Adresse ihres Opfers zu beschaffen, um Frau und Kind weiter zu bedrohen. Ich bin auch zufrieden, dass der Bund die Frauenberatungsstellen und das Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen mit zusätzlichen Mitteln fördert, um die Herausforderungen der Corona-Pandemie zu meistern. Wir sind auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel.“

Zur Situation in Frankfurt erläutert Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld (CDU), dass es in diesem Jahr trotz der Corona-Pandemie nicht signifikant mehr Fälle häuslicher Gewalt gab als im vergangenen Jahr. „Trotzdem ist jeder Fall einer zu viel“, sagt Birkenfeld, die stellvertretende Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU und Mitglied im Bundesvorstand der Frauen-Union ist. „Wir sind in Frankfurt gut aufgestellt: Wir haben drei Frauenhäuser, ein Mädchenhaus und einen Zufluchtsort für obdachlose Frauen. Trotz des schwierigen Immobilienmarkts in Frankfurt ist es uns gelungen, in diesem Sommer 26 zusätzliche, sichere Plätze für Frauen in Notsituationen zu schaffen.“ Das Sozialdezernat finanziert die Frauenhäuser und unterstützt die Beratungsstellen für Opfer sexueller Gewalt auch im kommenden Jahr. „Wir beobachten die Lage aufmerksam“, sagt Birkenfeld. Auch die Prävention liegt ihr am Herzen: „Unser Anliegen ist es außerdem, in den 146 Kinder- und Jugendzentren, die es in Frankfurt gibt, Mädchen zu stärken und den Jugendlichen gewaltfreie Konfliktlösungswege zu vermitteln.“

„Gewalt gegen Frauen beginnt häufig im Kindesalter und setzt sich in der Jugend fort“, ergänzt Wiesmann. Mädchen seien Opfer von Anmache, von Sexting und Erniedrigung. Viel laufe dabei über das Internet und die sozialen Medien. „Mit dem von der Union initiierten Gesetzesvorhaben zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegenüber Kindern, das derzeit im parlamentarischen Verfahren ist, werden wichtige Fortschritte beim Schutz von Minderjährigen vor sexueller Gewalt auf den Weg gebracht: höhere Strafen, erweiterte Ermittlungsmöglichkeiten und bessere Qualifikation von Richtern, Staatsanwälten und Verfahrensbeiständen.“